



Martina Röder
Vorsitzende des geschäftsführenden
Vorstandes des Deutschen
Pflegeverbandes (DPV)

Editorial

Liebe Mitglieder, liebe Interessierte,

die Herausforderungen für die Akteure der Pflege als Leistungserbringer und die Patientinnen und Patienten sowie deren Angehörige nehmen nicht ab. Der Deutsche Pflegeverband e.V. fordert diesbezüglich politische Unterstützung und Lösungen.

Aktuell stehen Krankenhäuser, z.B. nach Aussage der Niedersächsischen Krankenhausgesellschaft, vor einem Wendepunkt. Sie fordert vom Bund, die Inflationslasten umgehend auszugleichen. Milliarden schwere Investitionsstaus, ausufernde Bürokratie und die negativen Folgen des Personalmangels, vor allem in der Pflege, führen zu Kostensteigerungen und Insolvenzen. Gleiches gilt für die stationäre Langzeitpflege. Die Nachwirkungen der Covid-19-Pandemie, die Energiepreisentwicklung sowie die steigenden Personalkosten müssen refinanziert werden. Das Eckpunktepapier der Krankenhausreform beschreibt vor allem die Struktur und Finanzierungsreform. Für die Pflege ist aber die inhaltlich fachliche Neuausrichtung mit einer gebotenen Kompetenzverteilung der Gesundheitsfachberufe genauso wichtig. Die Reform muss die Heilkundenausübung durch die Profession Pflege festlegen.

Die Attraktivität der Pflegeberufe und die Akzeptanz der generalistischen Ausbildung müssen dringend gesteigert werden. Das zeigen auch eindeutig die Ergebnisse des Pflegepanels des Bundesinstitutes für Berufsbildung (BIBB): Im vergangenen Jahr wurden mehr Ausbildungs- und Studienplätze angeboten als tatsächlich besetzt werden konnten. Hier sind weitere Kampagnen notwendig. Auch die bürokratischen Hürden bei Anerkennungsverfahren für ausländische Abschlüsse müssen endlich fallen. Bildung ist erforderlich für eine gute medizinische, therapeutische, pflegerische und qualitätsorientierte Versorgung der Menschen in unserem Land. Der Deutsche Pflegeverband e.V. fordert mit dem Deutschen Pflegerat e.V. auch einen eigenen Bildungsgipfel.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre

Martina Röder
Vorsitzende des geschäftsführenden Vorstandes



Wahl im Dezember

Am 5. Dezember 2023 findet die diesjährige Mitgliederversammlung des Deutschen Pflegeverbandes e.V. (DPV) mit Wahlen zum Vorstand, zur/zum 1. Vorsitzenden und der Delegierten statt. Merken Sie sich diesen Termin bitte vor!

Veranstaltungsort ist die Neanderklinik Harzwald GmbH, Neanderplatz 4, 966768 Harztor.

dpv-online.de

Inhalt

- 1 • Editorial
- 2 • Dominoeffekt gefährdet Krankenhäuser
- 3 • Europäischer Tag der Depression
- 4 • Weniger Ausbildungsverträge
 - Profession Pflege muss Heilkunde ausüben können
- 5 • Von der geplanten Digitalisierung ist Deutschland weit entfernt
- 6 • Koordinierungsstelle Bayern Demenz im Krankenhaus
 - Arbeitskräftemangel: Bayerisches Pflegestipendium gut angenommen
 - Jubilare
- 7 • Aus den Bundesländern: Thüringen, Hessen, Niedersachsen, Saarland
 - Veranstaltungen
- 8 • Impressum

Dominoeffekt gefährdet Krankenhäuser

Die Niedersächsische Krankenhausgesellschaft warnt in Hannover vor dem endgültigen Kipp-Punkt. Gemeinsam mit Niedersachsens Gesundheitsminister Dr. Andreas Philippi fordert sie den Bund auf, die Inflationslasten der Krankenhäuser schnell auszugleichen.

Die Niedersächsische Krankenhausgesellschaft (NKG) warnt mit einem drastischen Bild vor einem unkontrollierten Kliniksterben, noch bevor die angekündigte Bundes-Krankenhausreform überhaupt Wirkung entfaltet. Mit einer öffentlichen Aktion hat sie in Hannover auf die Lasten aufmerksam gemacht, die den Mitarbeitenden der Krankenhäuser aufgebürdet werden. Überdimensionierte Dominosteine drohen dabei auf ein symbolisches Krankenhaus zu kippen und dieses zum Einsturz zu bringen. Die Dominosteine standen sinnbildlich für den milliardenschweren Investitionsstau beim Krankenhausbau, ausufernde Bürokratie, Folgen des Personal Mangels, enorme inflationsbedingte Kostensteigerungen und bevorstehende Insolvenzen. Die NKG forderte die Bundes- und Landesregierung erneut dazu auf, schnellstmöglich ein Vorschaltgesetz zur wirtschaftlichen Absicherung der Krankenhäuser auf den Weg zu bringen.

Drohende Kettenreaktion verhindern

„Die Krankenhäuser in Niedersachsen stehen massiv unter Druck. Ohne die maximale Kraftanstrengung, die den Krankenhausbeschäftigten seit Jahren abverlangt wird, wäre der Kipp-Punkt schon längst erreicht und die vor der Tür stehende Insolvenzwelle bereits über die Krankenhäuser hinweggegangen. Lange werden die Kliniken dieser enormen Belastung nicht mehr standhalten können“, mahnte Dr. Hans-Heinrich Aldag, Vorsitzender der NKG, in Anwesenheit von Niedersachsens Gesundheitsminister Dr. Andreas Philippi. „Nur durch schnelle und konkrete Hilfe kann eine drohende Kettenreaktion verhindert werden, die unsere umfassende und wohnortnahe Patientenversorgung gefährdet. Aufgabe der Politik ist es, die Krankenhäuser und ihre Mitarbeitenden jetzt mit aller Kraft zu stützen. Sie hat es in der Hand, ein Kippen der Kliniken zu verhindern.“

Verbandsdirektor Helge Engelke betonte: „Wir fordern die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene mit Nachdruck für ein Vorschaltgesetz zur wirtschaftlichen Absicherung der Krankenhäuser einzusetzen. Es ist inakzeptabel, dass Bundesgesundheitsminister Lauterbach dem drohenden Kliniksterben tatenlos zusieht. Die Auswirkungen von vermehrten Insolvenzen werden auch in Niedersachsen deutlich zu spüren sein. Daran kann dann auch eine noch so gut gemeinte Krankenhausreform nichts mehr ändern.“

Die NKG geht davon aus, dass in der Folge von Krankenhausschließungen Patientinnen und Patienten mit weiteren Anfahrtswegen und längeren Wartezeiten für Behandlungen und Operationen rechnen müssen. Zudem könnte sich der Fachkräftemangel regional sogar noch verschärfen. Gerade Pflege- und Teilzeitkräfte sind regional stark verankert. „Wir befürchten, dass ein großer Teil dieser Mitarbeitenden sich eine andere Beschäftigung suchen oder in den Vorruhestand gehen wird. Die Belegschaft eines Krankenhauses ist kein Wanderzirkus, der einfach weiterzieht, wenn ein Standort geschlossen wird“, so Dr. Aldag.

Krankenhäuser sind keine Almosenempfänger

Minister Dr. Philippi zeigte Verständnis für die Sorgen der Krankenhäuser. „Unsere Krankenhäuser sind die entscheidenden Eckpfeiler für die stationäre Patientenversorgung. Die geplante Krankenhausreform ist wichtig, um die Qualität der Gesundheitsversorgung langfristig zu sichern. Wir in Niedersachsen sind bereit dafür. Gemeinsam arbeiten wir an dieser Reform. Wir haben gerade die 3-Milliarden-Krankenhaus-Investitions-offensive gestartet, um Kliniken beim Umbau zu unterstützen. Kurzfristige Akuthilfen des Bundes sind jetzt nötig, um gut aufgestellte



Die Niedersächsische Krankenhausgesellschaft (li. Dr. Hans-Heinrich Aldag, Mitte: Helge Engelke) warnt in Hannover mit einer öffentlichen Aktion vor einem unkontrollierten Kliniksterben. Minister Dr. Andreas Philippi (re.) unterstützt die Initiative.

© NKG/Pucknat

Kliniken auf dem Reformweg zu stärken. Wir setzen uns in Niedersachsen weiter entschlossen dafür ein, dass Krankenhäuser die benötigten Ressourcen erhalten, um ihre wichtige Rolle im Gesundheitswesen zu erfüllen – immer das Wohl der Patientinnen und Patienten im Blick.“

„Krankenhäuser sind keine Almosenempfänger, sondern haben einen Anspruch auf die Refinanzierung ihrer Betriebskosten. Die bestehende Finanzierungslücke muss schnellstmöglich durch den Bund geschlossen werden. Notwendig sind ein Inflationsausgleich sowie die vollständige Finanzierung von tariflichen Lohnkostensteigerungen“, stellte NKG-Verbandsdirektor

Helge Engelke klar. „Die wirtschaftliche Not der Kliniken hat ein noch nie dagewesenes Niveau erreicht. Wenn jetzt nicht gehandelt wird, werden wir zeitnah ein Krankenhaussterben erleben“, warnte Engelke.

Defizit erwartet

Umfragen der NKG zufolge erwarten die Krankenhäuser in Niedersachsen im Jahr 2023 ein Defizit von landesweit 532 Mio. Euro. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies mehr als einer Verdoppelung. 2022 betrug das Defizit der Kliniken 217 Mio. Euro. Die Defizite der Krankenhäuser durch mangelhafte Betriebskostenfinanzierung summieren sich in Niedersachsen bis Ende 2023 so-

mit auf rund 750 Mio. Euro. 93% der Krankenhäuser geben an, 2023 kein positives Jahresergebnis zu erwarten.

Einer Blitzumfrage des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI) im Auftrag der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) zufolge blickt der weit überwiegende Teil der Krankenhäuser in Deutschland pessimistisch in die Zukunft. Rund 70% der Kliniken sehen ihre Existenz kurz- und mittelfristig gefährdet. Fast kein Krankenhaus kann seine Ausgaben noch aus den laufenden Einnahmen decken.

nkgev.info

Europäischer Tag der Depression

Das diesjährige Motto des Europäischen Depressionstages, den die European Depression Association jährlich am ersten Sonntag im Oktober begeht, lautete „Depressionen in unsicheren Zeiten“.

An einer Depression sind derzeit in Deutschland 11,3% der Frauen und 5,1% der Männer erkrankt. Frauen leiden damit etwa doppelt so häufig an einer Depression wie Männer. Insgesamt sind im Laufe eines Jahres 8,2% der deutschen Bevölkerung erkrankt. Das entspricht 5,3 Mio. Weltweit leben etwa 350 Millionen Menschen mit einer Depression. Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation WHO zufolge wird nur jeder vierte Betroffene adäquat behandelt. Die Depression ist eine psychische Störung mit Zuständen psychischer Niedergeschlagenheit als Leitsymptom. In der Psychiatrie wird die Depression den affektiven Störungen zugeordnet. Im gegenwärtig verwendeten Klassifikationssystem psychischer und anderer Erkrankungen lautet die Krankheitsbezeichnung der häufigsten Formen der Depression: depressive Episode oder rezidivierende depressive Störung. Die Diagnose wird nach Symptomen und Verlauf gestellt.

Zur Behandlung depressiver Störungen werden nach Aufklärung über die Ursachen und den Verlauf der Erkrankung Antidepressiva eingesetzt, aber je

nach Schweregrad auch reine Psychotherapie ohne Medikation, beispielsweise kognitive verhaltenstherapeutische oder tiefenpsychologisch fundierte Verfahren. Obgleich im alltäglichen Sprachgebrauch der Begriff depressiv für eine Verstimmung häufig Verwendung findet, handelt es sich bei der Depression im psychiatrischen Sinne um eine ernste behandlungsbedürftige Erkrankung, deren Symptome sich der Beeinflussung durch reine Willenskraft entziehen.

Depression kann komplexe Ursachen haben

Die älteren Bezeichnungen unterscheiden zwischen endogener Depression, die ohne erkennbare Ursache auftritt, und neurotischer Depression – oder auch Erschöpfungsdepression als Reaktion auf ein aktuell belastendes Ereignis. Die Ursachen depressiver Erkrankungen sind komplex und nur teilweise verstanden. Es wird von einem Zusammenwirken mehrerer Ursachen ausgegangen. Es werden sowohl biologische Faktoren wie Prädispositionen, Persönlichkeit und Persönlichkeitsentwick-

lung in der Adoleszenz und somit individuelle kognitive Verarbeitungsmuster als auch aktuelle, belastende Ereignisse als Auslöser angesehen.

Im Juni 2022 veröffentlichte die WHO ihren Weltbericht über mentale Gesundheit – die Ergebnisse sind alarmierend: Die Corona-Pandemie hat global zu einem starken Anstieg einiger psychischer Krankheiten geführt. Bei Depressionen und Angststörungen beträgt der Anstieg weltweit allein im ersten Pandemiejahr 25%.

Auch in Deutschland wurden im Verlauf der Pandemie zusätzliche emotionale und stressbedingte Belastungen beobachtet, die in den verschiedenen Gesellschaftsgruppen unterschiedlich stark ausgeprägt waren. Insbesondere medizinisches Personal sowie Kinder und Jugendliche waren stark belastet. Aktuelle Umfragen zeigen, dass das Andauern des Ukraine-Konflikts und die wirtschaftlichen Belastungen zusätzliche Sorgen erzeugen und die Menschen stark belasten.

europeandepressionday.eu

Weniger Ausbildungsverträge

(Berlin) Das Statistische Bundesamt meldet 7% weniger neue Ausbildungsverträge in der Pflege im Jahr 2022. Das bedeutet eine Verringerung um 4.100 auf rund 52.100 neue Auszubildende für den Beruf zur Pflegefachfrau oder zum Pflegefachmann. Christine Vogler, Präsidentin des Deutschen Pflegerats e.V. (DPR): „Die generalistische Pflegeausbildung ist richtig und sie macht Sinn. Sie ist eine wesentliche Antwort darauf, die pflegerische Versorgung über alle Bereiche der Pflege hinweg nachhaltig zu sichern. Für die Absolvent*innen eröffnet sie Berufschancen in allen Versorgungsbereichen. Zudem ist der Berufsabschluss der generalistischen Pflegeausbildung international anerkannt.“

Grundsätzlich reiche es nicht, nur die Pflegeausbildung zu modernisieren. Deutschland müsse die Profession Pflege insgesamt modernisieren und sie international anschlussfähig machen. „Handlungskompetenzen müssen erweitert, die Selbstverwaltung gestärkt,

angemessene Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Den Schwarzen Peter für weniger Ausbildungsverträge angesichts der aktuell geburtenschwachen Jahrgängen der modernen Pflegeausbildung zuzuschieben, zeugt von Unkenntnis.“

Die statistische 7%-Zahl spiegele einen generellen Trend wider. Die Zahl der Auszubildenden in Deutschland ist 2022 im Vergleich zum Vorjahr um rund 3% gesunken. Die Lücke zwischen Studierenden und Auszubildenden steigt weiter an. Auf zehn Studierende kamen bereits im Jahr 2021 nur noch 4,3 Auszubildende. Bereits dies relativiert die Zahl von 7%. Zudem fehle in der Meldung der Statistiker eine solide Präzisierung und Bewertung.

Vogler weiter: „Es sind grundlegende Fragen zu beantworten: Wie sehen die Zahlen in anderen Branchen aus? Welchen Einfluss hatte Corona auf die Ausbildungszahlen, besonders in der Pflege? Welche demografischen Faktoren

beeinflussen diese Entwicklung? Ist ein Trend in den Bundesländern sichtbar, und wenn ja, worin liegt dieser begründet? Welche strukturellen Gegebenheiten fördern oder bremsen die Ausbildung? Welche Kapazitäten können von Unternehmen noch genutzt werden, um verstärkt auszubilden? Probleme zeigen sich insbesondere aufgrund einer unzulänglichen Finanzierung der Pflegeschulen und wegen eines hohen Mangels an pädagogischem Lehrpersonal.“ Das Gesundheitssystem in Deutschland müsse in lebenslanges Lernen investieren und Bildungswege für Pflegende durchlässig gestalten. Dazu bedürfe es eines professionellen Pflegeverständnisses in allen Settings sowie auf allen Fach- und Führungsebenen und langfristiger Strategien zur Weiterentwicklung der Pflegebildung und Pflegewissenschaft.

deutscher-pflegerat.de

Profession Pflege muss Heilkunde ausüben können

(Berlin) Die Präsidentin des Deutschen Pflegerats e.V. (DPR), Christine Vogler, äußerte sich zum Eckpunktepapier „Krankenhausreform“: „Das Eckpunktepapier beschreibt vor allem eine Struktur- und Finanzierungsreform. Die genauso wichtige inhaltlich fachliche Neuausrichtung der Krankenhäuser mit einer gebotenen neuen Kompetenzverteilung der Gesundheitsfachberufe findet sich darin nicht. Die Politik zementiert die Pflege nach wie vor in den ärztlich dominierten Arbeits-, Befehls- und Verantwortungsstrukturen des 19. Jahrhunderts.“ Der DPR fordert dringend Nachbesserungen. Der angekündigte Gesetzesentwurf biete die Chance dazu. Um ihren Namen als Reform gerecht zu werden, müsse es zur Heilkundenausübung durch die Profession Pflege kommen. Die Aufgaben der Pflege- und Gesundheitsversorgung seien künftig nur gemeinsam und in en-

ger Zusammenarbeit mit der Profession Pflege zu lösen. Das wäre ein entscheidender Pfeiler der Reform. Fehl am Platz seien abwertende „kann“-Einschränkungen, wenn es um die pflegerische Leitung eines Level II-Krankenhauses geht. Aus der Zeit gefallen seien Formulierungen wie „fachlich-medizinische Entscheidungen werden jedoch ausschließlich ärztlich verantwortet; seitens der pflegerischen Leitung besteht keine fachliche Weisungsbefugnis gegenüber dem ärztlichen Personal“. Vogler: „Beides hat in einer zukunftsorientierten Krankenhausreform nichts zu suchen und ist ersatzlos zu streichen. Nebulös formuliert ist die Finanzierung von Pflegestellen. Hier besteht die Gefahr, dass an der beruflichen Pflege gespart wird. Der betriebswirtschaftliche Anreiz für einen Abbau an Pflegenden im Krankenhaus und somit als Krankenhaus zu ‚sparen‘, darf zu keiner Zeit

gegeben sein. Dies würde zu einer massiven Verschlechterung der Versorgung der Patient*innen führen. Natürlich freuen wir uns als Deutscher Pflegerat, dass wir als Profession Pflege im Krankenhaus-Leistungsgruppen-Ausschuss einbezogen werden. Um kontinuierlich mitarbeiten zu können, braucht es die Zusage von der Bundesebene den Deutschen Pflegerat auch über die Legislatur hinaus finanziell zu unterstützen.“

Auch der Aufbau einer Selbstverwaltung der Profession Pflege brauche finanzielle Ressourcen wie auch gerechte Bedingungen. Die Krankenhausreform wirke erst dann richtig, wenn die Profession Pflege auf Augenhöhe mit anderen Professionen des Gesundheitswesens im Sinne einer interprofessionellen Versorgungsstruktur aktiv werden kann, fasst Vogler zusammen.

deutscher-pflegerat.de

Von der geplanten Digitalisierung ist Deutschland weit entfernt

Am 1. August hat im Bundesgesundheitsministerium die Verbändeanhörung zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Digitalisierung des Gesundheitswesens (Digital-Gesetz – DigiG) stattgefunden. Mit dabei war auch der Deutsche Pflegerat e.V. (DPR).

Der Deutsche Pflegerat sieht deutliche Lücken im Referentenentwurf zum Digitalgesetz und fordert Präzisierungen. Das Bundesgesundheitsministerium hat Mitte Juli den Referentenentwurf zum Digital-Gesetz vorgelegt. Ziel ist es, mit digitalen Lösungen den Behandlungsalltag zu beschleunigen und zu vereinfachen. Zentraler Bestandteil des Gesetzes ist die Einrichtung der elektronische Patientenakte (ePA) für alle ab 2025.

DPR-Präsidentin Christine Vogler erläutert: „Von der im Referentenentwurf vorgesehenen Digitalisierung des Gesundheitswesens sind wir nach wie vor weit entfernt. Die patientenorientierte Digitalisierung muss die maßgeblichen Berufsgruppen des Gesundheitsbereichs umfassen. Hierzu gehören vor allem auch die Profession Pflege und die Hebammen. Diese sind ein nicht zu ersetzender Teil der Gesundheitsversorgung und müssen per Gesetz in alle Prozesse der Digitalisierung einbezogen werden. Insbesondere in der ambulanten Pflege und bei den Hebammen, bei denen die Akteure zum Teil weit

voneinander entfernt die gemeinsame Versorgung sicherstellen, kommt es entscheidend auf die Schnittstellen und damit auf die Interoperationalität der Systeme aller an der Versorgung Beteiligter einschließlich der Kostenträger an. Stand heute ist man hier noch Lichtjahre voneinander entfernt.“ Um die Digitalisierung in der Pflege und im Bereich der Hebammen sicherzustellen, sei diese Interoperationalität zwingende Voraussetzung. Hier müsse die Telematik-Infrastruktur sichere Lösungen bieten. Auch dies könne nur mit Einbezug aller wesentlichen Berufsgruppen der Gesundheitsfachberufe gelingen.

Der Deutsche Pflegerat fordert Präzisierungen im Referentenentwurf:

1. Wenn man die Digitalisierung ganzheitlich betrachtet und diese auch so will, dann müssen die Profession Pflege und die Hebammen umfassend daran beteiligt werden. Dies gilt u.a. für den Digitalbeirat und für das Kompetenzzentrum für Interoperabilität im Gesundheitswesen.
2. Die Schnittstellen und die Interoperationalität der Systeme müssen ein-

heitlich gestaltet werden. Alle Beteiligten sind dazu aufgerufen. Digitalisierung kann und darf nicht die Abbildung analoger Prozesse auf dem Bildschirm sein.

3. Für Pflegefachpersonen und Hebammen müssen im gleichen Umfang wie für Ärztinnen und Ärzte Videosprechstunden möglich sein. Das hilft, die Versorgung in ländlichen Regionen zu sichern wie auch Beratung und soziale Kontakte zu fördern. Die Telepflege ist gesetzlich zu implementieren. Hier muss der Referentenentwurf nachgebessert werden.
4. Die digitale Welt mit analogen Rechtsverfahren abzubilden, wird nicht funktionieren. Die überwiegend analogen Rahmenbedingungen wie Gesetze, Richtlinien, Verordnungen und Verträge auf Bundes- und Landesebene müssen für die digitalen Anwendungen, Strukturen und Prozesse neu gefasst werden. Verknüpfungen und Automatisierungen aller nötigen Arbeitsschritte müssen im Vordergrund stehen.
5. Der geplante Aufwand für die Bestätigung bzw. die Unterschrift der Versicherten bzw. der Leistungserbringer muss reduziert werden. Alle Beteiligten müssen durch die Digitalisierung spürbar entlastet werden.
6. Die einmaligen und laufenden Kosten für den elektronischen Heilberufsausweis sowie die für dessen Einsatz notwendige Hard- und Software müssen vollständig refinanziert werden. Klargestellt werden muss, ob alle Pflegefachpersonen einen elektronischen Heilberufsausweis besitzen müssen oder ob dieser an Abteilungen, Stationen oder Institutionen gebunden ist. Geregelt werden müssen, welche Konsequenzen an die Besitzer eines solchen geknüpft sind.



Zentraler Bestandteil des DigiG ist die elektronische Patientenakte (ePA) ab 2025.

© M.Dörr & M.Frommherz Stock.adobe.com

deutscher-pflegerat.de

Koordinierungsstelle Bayern Demenz im Krankenhaus

(München) Zum 1. April 2023 wurde in Bayern die „Koordinierungsstelle Bayern Demenz im Krankenhaus (KBDiK)“ am Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit in Nürnberg eingerichtet. Die wesentlichen Aufgaben der Koordinierungsstelle sind die kostenfreie Beratung von Akutkrankenhäusern zur Einführung bzw. Weiterentwicklung demenzsensibler Konzepte, der Wissenstransfer, der Aufbau einer Datenbank mit Beispielen guter Praxis sowie die Vernetzung von Personen in bayerischen Krankenhäusern, die demenzsensible Projekte betreuen.

Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek: „Unser Ziel ist es, die bayerischen Kliniken auf ihrem Weg zu einem demenzsensiblen Versorgungsangebot zu unterstützen.“ Ge-

meinsam mit der sozialen und privaten Pflegeversicherung wird die „Koordinierungsstelle Bayern Demenz im Krankenhaus (KBDiK)“ für die kommenden drei Jahre mit 1,3 Millionen Euro gefördert. Umgesetzt wird das Modellprojekt in Kooperation mit der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG).

„In Bayern leben bereits heute rund 270.000 Menschen mit Demenz. Mit den zu erwartenden demografischen Veränderungen wird deren Anzahl weiter zunehmen und bis zum Jahr 2040 auf 380.000 Betroffene steigen.“ Die Umsetzung eines Demenzkonzeptes bringe für beide Seiten Vorteile – für Patient*innen sowie Beschäftigte. Das sei gerade in Zeiten der angespannten Personalsituation von unschätzbarem

Wert. „Ich freue mich, dass den Krankenhäusern mit der neu geschaffenen Koordinierungsstelle nun fachkundige Unterstützung zur Verfügung steht“, so der Minister. „Die Bayerische Staatsregierung setzt bereits seit 2013 die ressortübergreifende Bayerische Demenzstrategie um. Zu deren umfassender Zielsetzung gehört auch eine bedarfsorientierte Betreuung, Pflege und medizinische Versorgung. Aktuell wird die Bayerische Demenzstrategie mit vielen Partnerinnen und Partnern des Bayerischen Demenzpakts weiterentwickelt. Die Koordinierungsstelle Demenz im Krankenhaus ist eine der vielzähligen Maßnahmen im Rahmen der Bayerischen Demenzstrategie.“

lgl.bayern.de

Arbeitskräftemangel: Bayerisches Pflegestipendium gut angenommen

(München) Vor gut einem Jahr startete Bayern ein Stipendium für Pflegestudierende. Rund 60 Nachwuchskräfte nutzten seither das Angebot. Der Freistaat hat bislang rund 250.000 Euro investiert. Das Pflegestipendium werde laut Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) gut angenommen. Insgesamt werden derzeit rund 60 Studierende gefördert, das entspricht rund 50% der förderfähigen Studierenden. Das Stipendienprogramm, das im Wintersemester 2022/23 eingeführt wurde, läuft vorerst bis Ende 2025.

Die Förderung beträgt monatlich bis zu 600 Euro für längstens 36 Monate. Gefördert werden Studierende eines primärqualifizierenden Studiengangs Pflege (Bachelor of Science) ab dem zweiten Semester an diesen Hochschulen:

- Evangelische Hochschule Nürnberg
- Hochschule Kempten
- Hochschule München
- Katholische Stiftungshochschule München
- Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg und
- Technische Hochschule Deggendorf.

Im Gegenzug verpflichten sich die Stipendiaten, nach dem Studium für mindestens drei Jahre in einer Einrichtung vor allem der Akutpflege, der ambulanten oder stationären Langzeitpflege, im psychiatrischen oder pädiatrischen Versorgungsbereich in Bayern zu arbeiten.

Bewerbungen können beim Bayerischen Landesamt für Pflege unter lfp.bayern.de/pflegestipendium/ eingereicht werden.

aerztezeitung.de

Jubilare Oktober 2023

10 Jahre:

Lysann Schultz, Erfurt
Oliver Erdmann, Hameln
Dana Sahli, Bad Frankenhausen
Kathleen Messer, Denzlingen
Andreas Westerfellhaus,
Rheda-Wiedenbrück

20 Jahre

Elke Reuter, Kaarst
Bettina Lebershaus, Sinn/Edingen

30 Jahre

Peter Zimmermann, Schaala



Wir bedanken uns für Ihre Treue!

© IMI Nelos / fotolia.com

Aus den Bundesländern

Symposien und Konferenzen

Thüringen: In den Monaten August und September nahm der Landespflegerat Thüringen e.V. an dem Projekt „Thüringer Werkstatt. Zukunft. Gesundheit. Thüringen 2030“ im Rahmen zweier Workshops online teil.

Am 11. September 2023 fand in Erfurt die Landespflegekonferenz des Landespflegerates Thüringen statt. Zum Thema Komplettreform im Betreuungsrecht und Vollmachtsrecht sowie Einführung eines „kleinen“ Ehegattenvertretungsrechts seit 1. Januar 2023 referierte RA Hubert Klein, Hochschul-Lehrbeauftragter und spezialisiert im Betreuungsrecht. Martina Röder, Vorstandsvorsitzende des Landespflegerates Thüringen e.V., moderierte die Veranstaltung.

Unter der Schirmherrschaft der Sozialministerin Heike Werner fand am 6. September 2023 das 17. Thüringer Pflegesymposium statt. In ihrem Grußwort bedankte sie sich für

die hervorragenden Leistungen in der Versorgung und Pflege von Menschen, die auf Unterstützung und Betreuung angewiesen sind. Stefan Nüßle, 1. Beigeordneter des Landkreises Nordhausen, schloss sich den Worten der Ministerin an.

RA Stephan Kreuels, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Strafrecht, informierte über die rechtliche Bedeutung von Vorbehaltsaufgaben in der Pflege.

Zum Thema Update Generalistische Pflegeausbildung gab Ines Börner, Schulleiterin am Staatlichen Berufsschulzentrum Nordhausen, Einblicke in die Praxis und den aktuellen Stand nach drei Jahren generalistischer Ausbildung. Über die Digitalisierung in der Pflege berichtete Iris Meyenburg-Altward, Geschäftsführerin Com-P-Tense Germany GmbH und Mitglied der Arbeitsgruppe des Deutschen Pflegeverbandes e.V. Digitalisierung in der Pflege. Mario Gießler, Pflege-therapeut ICW, Leiter Zentrales Wund-

und Überleitungsmanagement des Südharz Klinikums Nordhausen gGmbH, referierte über sektorenübergreifendes interprofessionelles Entlassungsmanagement am Beispiel der Versorgung von Menschen mit chronischen Wunden.

Ticker

Hessen: Am 12./13. September 2023 fand der DVfR-KONGRESS 2023 „Rehabilitation und selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit psychischen Erkrankungen – Personenzentrierung und Recovery-Orientierung“ im Hotel Aquino, Tagungszentrum der katholischen Akademie in Berlin und online statt.

Niedersachsen: Der Niedersächsische Pflegerat wandte sich mit einem Statement zur Konzentrierten Aktion Pflege (KAP.Ni) an das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung.

Saarland: Die Sitzung des Landespflegerates Saarland fand am 14. September 2023 in Saarbrücken statt.

Pflegefachtag des Deutschen Pflegeverbandes e.V. Harztor

10. Oktober 2023

Thema: Infektionsmanagement und Schmerzen in der Wundversorgung –

Wundreinigung, Antiseptik, Hygiene und Schmerzbekämpfung in der Wundversorgung. Referent ist Gerhard Schröder, Lei-

ter der Akademie für Wundversorgung, Veranstaltungsort ist die Neanderklinik in Harztor. Info: dpv-online.de

22. Europäischer Gesundheitskongress München

26. und 27. Oktober 2023

„Gesundheitspolitik: Die Rettung der Krankenhäuser – Lösungen und Strategien.“ So lautet das Motto des Kongresses

für den Austausch zwischen Deutschland, Österreich und der Schweiz. Mit namhaften Referenten aus Gesundheitspolitik, -versorgung und weiteren Berei-

chen.

Info: gesundheitskongress.de

21. Gesundheitspflege-Kongress Hamburg

3. und 4. November 2023

Die Pflege trifft sich beim Gesundheitspflege-Kongress in Hamburg, zu dem erneut rund 1.000 professionell Pflegende

aus dem ganzen Bundesgebiet zu zahlreichen Vorträgen, Podiumsdiskussionen, Seminaren und Workshops erwartet werden. Fortbilden, austauschen, networken

– das steht beim Pflegegipfel des Nordens im Vordergrund. Es gibt zehn Veranstaltungsböcke und zehn Workshops. Info: gesundheitskongresse.de

DPV

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Hauptgeschäftsstelle
Mittelstraße 1
56564 Neuwied
Tel.: 0 26 31/83 88-22
Fax: 0 26 31/83 88-20
info@dpv-online.de
www.dpv-online.de



Interessantes und Aktuelles speziell für unsere Mitglieder – Zugriff über:
User: **Mitglied**
Kennwort: Pflegeleistung
Über Ihre Mitarbeit und/oder Anregungen freuen wir uns.
 twitter.com/DPV_Pflege
 facebook.com/pflegeverband

Gemeinsam sind wir stark!

DPV – Kompetenz und Leistungen, die auch Kolleginnen und Kollegen überzeugen!

Fordern Sie Infomaterial an!

DPV Service-Point Baden-Württemberg

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Sabine Hindrichs
Service-Point Leiterin
hindrichs.servicepoint-bawue@dpv-online.de

DPV Service-Point Bayern

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Ivonne Rammoser
Service-Point Leiterin
Vorstandsmitglied des DPV e.V.
rammoser.servicepointbayern@dpv-online.de

DPV-Hauptstadtbüro Berlin DPV Service-Point Berlin-Brandenburg

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Mittelstraße 1
56564 Neuwied
info@dpv-online.de

DPV Service-Point Frankfurt

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Annemarie Czerwinski
Service-Point Leiterin
info@dpv-online.de

DPV Service-Point Hessen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Karl Heinz Heller
Service-Point Leiter
heller.servicepoint-he@dpv-online.de

DPV Service-Point Nord Hamburg/Schleswig-Holstein

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Birgit Andrea Schmidt
Service-Point Leiterin
schmidt.servicepoint-hh.sh@dpv-online.de

DPV Service-Point Nord Bremen/Niedersachsen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
dpv-servicepoint-nord@dpv-online.de

DPV Service-Point Nordost (Thüringen, Sachsen-Anhalt)

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Martina Röder
Service-Point Leiterin, Vorsitzende des Deutschen Pflegeverbandes e.V.
roeder.servicepoint-th.sa@dpv-online.de

DPV Service-Point Sachsen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Sandra Meyer
Service-Point Leiterin
meyer.servicepoint-sa@dpv-online.de

DPV Service-Point Nordrhein-Westfalen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Stephan Kreuels
Service-Point Leiter
kreuels@juslink.de

DPV Service-Point Rheinland-Pfalz

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Manuela Ahmann
Service-Point Leiterin
ahmann.servicepoint-rlp@dpv-online.de

DPV Service-Point Saarland

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Melitta Daschner
Service-Point Leiterin
daschner.servicepoint-sl@dpv-online.de



Impressum

Herausgeber

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Ivonne Rammoser (V.i.S.d.P.)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
Tel.: 02631/8388-22
Fax: 02631/8388-20
info@dpv-online.de
www.dpv-online.de

PflegeKonkret

– Die Mitgliederzeitschrift des DPV
erscheint in Kooperation mit HEILBERUFE
www.springerpflege.de

Verlag

Springer Medizin Verlag GmbH
Heidelberger Platz 3
14197 Berlin

Druck

Druckpress GmbH
Hamburger Straße 12
69181 Leimen